

Änderungsantrag

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

**zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für So-
ziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung**
- Drucksache 7/5586 -

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/3390 -

Gelingende Pflegebedingungen sicherstellen - Absiche- rung der Pflege der Zukunft

Die Beschlussempfehlung erhält folgende Fassung:

"Der Antrag wird mit folgenden Änderungen angenommen:

1. Nummer II wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 wird das Wort 'exorbitant' durch das Wort 'stark' er-
setzt.

b) Nummer 2 erhält folgende Fassung:

'2. ein positiver Trend aus der »Konzertierten Aktion Pflege« er-
kennbar ist und der anvisierte Aufwuchs der Zahl der Auszu-
bildenden im Bereich Pflege um zehn Prozent bis zum Jahr
2024 höchste Priorität für die Absicherung der Pflegeleistun-
gen in Thüringen hat;'

c) Nummer 5 erhält folgende Fassung:

'5. die Attraktivität des Pflegeberufs spürbar verbessert werden
muss; dies kann durch Verbesserungen im Bereich von Fa-
milie und Beruf, familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle, be-
darfsgerechte Personalplanung, bessere Bezahlung, Entbü-
rokratisierung, Aufgabendistributionen und mehr Zeit an den
Pflegebedürftigen erzielt werden;'

d) Nach Nummer 5 wird folgende neue Nummer 6 eingefügt:

'6. intensive Anstrengungen notwendig sind, um die im Pflegebereich ausgebildeten Fachkräfte zum Verbleib und zur Rückkehr in den Beruf zu bewegen;'

e) Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 7.

f) Die bisherige Nummer 7 wird Nummer 8 und erhält folgende Fassung:

'8. pflegende Angehörige besonderer Unterstützung und vor allem auch Möglichkeiten für Auszeit benötigen.'

g) Die bisherige Nummer 8 wird gestrichen.

2. Nummer III wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird gestrichen.

b) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 1 und erhält folgende Fassung:

'1. Bundesratsinitiativen zu unterstützen, welche darauf abzielen, die finanzielle Überlastung der Pflegebedürftigen zu verhindern und zu diesem Zweck einen Pflegedeckel einzuführen, der die durch die Pflegebedürftigen zu erbringenden Pflegekosten begrenzt und perspektivisch zu einer Pflege-»Vollversicherung« weiterentwickelt werden kann;'

c) Die bisherigen Nummern 3 und 4 werden die Nummern 2 und 3.

d) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 4 und erhält folgende Fassung:

'4. den Ausbau der Kurzzeit- und Verhinderungspflegeplätze im Freistaat deutlich voranzutreiben.'

e) Die bisherige Nummer 6 wird gestrichen.

3. Nummer IV erhält folgende Fassung:

'IV. Der Landtag bekennt sich zu dem Ziel, unter anderem durch Erhöhung der Tarifbindung die Löhne in der Pflege und insbesondere der Altenpflege spürbar zu erhöhen sowie mehr Pflegepersonal zu gewinnen und auszubilden und so zur Attraktivität des Berufs beizutragen. Zu den dafür nötigen Maßnahmen zählt unter anderem eine deutliche Reduktion des Vergütungsunterschieds zwischen Alten- und Krankenpflege.'"

Begründung:

Die Absicherung und Garantie der (bezahlbaren) Pflege im Alter ist eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre. Neben einer Entlastung für die Pflegenden im häuslichen Bereich, in dem noch immer die größte Pflegeleistung durch Familien erbracht wird, ist dabei vor allem die Gewinnung und Ausbildung neuer Pflegekräfte zentral. Denn Thüringen fehlen bis ins Jahr 2035 mehr als 28.000 Fachkräfte zur Absicherung der Pflege. Eine Steigerung der Einkommen und der Attrak-

tivität für Pflegeberufe ist notwendig. Um dies zu erreichen müssen die Tarifpartner- und die Tarifautonomie gestärkt sowie die Tarifbindung erhöht werden. Höhere Löhne in der Pflege lassen auch die Pflegekosten ansteigen. Diese Kosten allein den Pflegebedürftigen aufzubürden, führt zu deren finanzieller Überlastung. Hier bedarf es einer grundsätzlichen Reform der Finanzierung und Leistungen der Pflegeversicherung. Thüringen kann sich dieser Bemühungen im Bundesrat nicht entziehen und muss - auch aufgrund der demographisch exponierten Lage des Freistaats - selbst die Initiative ergreifen, um entsprechende Vorstöße des Bundes zu unterstützen oder selbst voranzutreiben. In Thüringen empfinden im Pflegeberuf Tätige zusätzliche Aufgaben (insbesondere im Bereich der Dokumentation) und die damit einhergehende Überlastung der Pflegenden, die mangelnde Familienfreundlichkeit der Arbeitszeiten und eine sich verschlechternde Dienstplanverlässlichkeit als große Probleme. Dies wird durch einen hohen Krankenstand, die Überalterung der Mitarbeiterstruktur, einen eklatanten Nachwuchsmangel und nicht zuletzt die starken Belastungen in der Pflege im Kampf gegen die Corona-Pandemie verstärkt. Mit der "Konzertierten Aktion Pflege" des Bundes sollen diese Probleme für die Mitarbeiter durch mehr Personal, mehr Ausbildung und mehr Geld behoben werden. Denn nur mit mehr Personal kann die Pflege wieder attraktiver werden. Dies entlastet nicht nur die einzelne Pflegekraft, sondern lässt auch mehr Zeit für die Betreuung der Pflegebedürftigen und steigert so die Attraktivität des Pflegeberufs. Gleichzeitig dürfen jedoch auch die Pflegeheime durch die generalisierte Ausbildung der Pflegeberufe nicht in einen Wettbewerbsnachteil um die besten Köpfe gegenüber den Krankenhäusern geraten.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Blehschmidt

Für die Fraktion
der SPD:

Dr. Klisch

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Pfefferlein